



## MONATSBRIEF UNGARN

MITTWOCH, 7. MAI 2025

### Staatsbesuch aus Israel: Netanjahu in Budapest

Der israelische Ministerpräsident Benjamin Netanjahu besuchte seinen ungarischen Amtskollegen Viktor Orbán in Budapest. Bereits am Mittwochabend des 2. April reiste er in die ungarische Hauptstadt, wo er ganze vier Tage bis Sonntag zu einem ungewöhnlich langen Staatsbesuch blieb. Über den recht kurzfristigen Besuch war zwei bis drei Wochen zuvor im März von der israelischen Presse spekuliert worden. Es handelte sich um den ersten Besuch Netanjahus in Ungarn seit acht Jahren. Das letzte Treffen der Ministerpräsidenten hatte 2021 in Israel stattgefunden.

Ein bestimmendes Thema im Vorfeld der Reise war der im November 2024 vom Internationalen Strafgerichtshof (ICC) ausgesprochene Haftbefehl gegen Netanjahu und seinen ehemaligen Verteidigungsminister Joáv Galant gewesen. Nach Ansicht des ICC habe es hinreichende Gründe gegeben, dass die beiden Männer für Kriegsverbrechen im Gazastreifen, so etwa den gezielten Einsatz von Hunger, sowie Verbrechen gegen die Menschlichkeit, so etwa Mord und Verfolgung, strafrechtlich verantwortlich gemacht werden könnten.

Ungarn hatte diese Vorwürfe im Januar 2025 zurückgewiesen und das Urteil als politisch motiviert eingestuft. Sollte der israelische Ministerpräsident zu Besuch kommen, so würde Budapest das Urteil nicht vollstrecken, so der ungarische Außenminister damals. Anfang des Jahres war Netanjahu bereits zu Donald Trump in die USA, die kein ICC-Mitglied sind, gereist, aber auch in Deutschland, dieses hingegen sehr wohl ein Mitglied des ICC, sprach der designierte neue Bundeskanzler Friedrich Merz im Februar darüber, Mittel und Wege finden zu wollen, um Netanjahu dennoch empfangen zu können.

Unter diesen Voraussetzungen wurde er am Donnerstag, den 3. April, von Ministerpräsident Orbán in seinem Amtssitz begrüßt. Im Anschluss gaben die beiden Staatsmänner eine Pressekonferenz. Orbán bekräftigte Ungarns Nulltoleranz gegen Antisemitismus („In Ungarn werden keine Hamas-Fahnen geschwenkt, denn hier gilt Nulltoleranz für Antisemitismus“), während Netanjahu die ungarischen Bemühungen für die Juden lobte: „Unter der Führung von Viktor Orbán hat Ungarn Fantastisches für Israel und das jüdische Volk vollbracht“. Weiter bekräftigte er den starken Bund zwischen Israel und Ungarn. Beide Staaten hätten in ihrer Geschichte hart um ihre Freiheit und Unabhängigkeit als Staaten gerungen. Heute sei Ungarn ein unerschütterlicher Mitstreiter und Fürsprecher seines Landes in der EU und vor den Vereinten Nationen.

In der kontroversen Frage des ICC dankte der israelische Ministerpräsident seinem Amtskollegen für Ungarns Bestrebungen, aus dem Strafgerichtshof auszutreten (mehr dazu s. unter der Rubrik Kurznachrichten). Dieser Schritt sei für alle Demokratien wichtig, da sich der ICC in seiner Parteinahme gegen Israel neben eben jenen Terrorismus gestellt habe, der die Demokratie heutzutage bedrohe.



*Der israelische Ministerpräsident Benjamin Netanjahu (l.) zu Besuch bei seinem ungarischen Amtskollegen Viktor Orbán (r.) auf der Terrasse von dessen Amtssitz in Budapest.*

Quelle: Viktor Orbán / Facebook

Im Weiteren hob Netanjahu auch Ungarns Eintreten für jüdisches Leben hervor. Er lobte dessen konsequentes Auftreten gegen Antisemitismus, der inzwischen stark mit Antizionismus verbunden werde. Wer gegen das Existenzrecht des Staats Israel aufträte, der stelle auch jenes des Judentums infrage: „Ohne den jüdischen Staat Israel gibt es kein Judentum!“ Ungarn hingegen garantiere seinen jüdischen Mitbewohnern Sicherheit und vielmehr noch Raum zur Entfaltung ihres kulturellen Lebens. Als Beispiel hierfür nannte er die zahlreichen ungarischen Sportverbände, die der israelischen Fußballnationalmannschaft, aber auch israelischen Sportlern anderer Disziplinen eine sichere Heimstatt zur Verfügung gestellt hatten, um ihre Heimspiele und andere Wettbewerbe auszutragen. In zahlreichen westeuropäischen Städten war es zu antisemitischen Übergriffen rund um Sportereignisse gekommen, sodass die Sicherheit der Sportler nicht mehr garantiert werden konnte.

Die westliche, jüdisch-christliche Zivilisation, so Netanjahu, befinde sich in einem Ringkampf mit dem radikalen Islam, dessen Ausprägungen und Terrornetzwerke im Nahen Osten vom Iran unterstützt würden. Israel werde diese Terrorachse bekämpfen, die nicht nur den eigenen Staat, sondern auch Europa heftig attackiert habe. Ungarns Ministerpräsident Orbán habe verstanden, dass dies eine gemeinsame Anstrengung im Namen gemeinsamer Werte, gemeinsamer Interessen und der gemeinsamen Sicherheit sei.

Viktor Orbán kam auch auf die wirtschaftliche Dimension der gemeinsamen Zusammenarbeit zu sprechen. Heute seien 150 israelische Firmen in Ungarn aktiv, die mehrere Tausend Arbeitsplätze geschaffen hätten. Diese hätten auch zahlreiche Investments ins Land gebracht, die nicht nur in Hinblick auf ihr Volumen, sondern auch qualitativ besonders wertvoll seien. So fänden diese insbesondere in den Sektoren Pharmaindustrie und High Tech statt. Auch in der Militärindustrie sei die Zusammenarbeit besonders wichtig und sensibel: „Wir haben eine Reihe von Technologien aus Israel gekauft und in das ungarische Militärsystem integriert, und wir

werden diese Zusammenarbeit auch in Zukunft fortsetzen. Die ungarischen Exporte nach Israel sind für uns ein wichtiges Thema“. Man sei, so Orbán weiter, guter Hoffnung für eine fortgesetzte tiefe Zusammenarbeit in der Zukunft.

Details über das weitere Programm Netanjahus an den folgenden drei Tagen wurden nicht bekannt. Im Anschluss flog er weiter in die USA zu Präsident Donald Trump.

### **Ungarn über den EU-Beitritt der Ukraine**

Laut einer durch das Meinungsforschungsinstitut Republikon veröffentlichten Statistik ist eine hauchdünne Mehrheit der Ungarn für einen EU-Beitritt der Ukraine. Die Graphik schlüsselt die Zustimmung oder Ablehnung dieser Frage überdies nach Parteipräferenzen auf. Daraus geht hervor, dass 47% der Ungarn den ukrainischen Beitritt unterstützen, während 46% ihn grundsätzlich ablehnen. Den von der EU anvisierten Beitrittsprozess im Schnellverfahren unter erleichterten Rahmenbedingungen (in ca. 3-4 Jahren) befürworteten jedoch lediglich 15% der Befragten. Die Übrigen 32% sprechen sich für einen regulären Prozess gemäß den gleichen Konditionen aus, die auch für alle weiteren Beitrittskandidaten galten und gelten (in ca. 7-10 Jahren).

Blickt man auf die Parteipräferenzen, so wird die mehrheitliche Ablehnung unter den Wählern des Regierungslagers der Fidesz-KDNP besonders deutlich. 82% lehnen den ukrainischen EU-Beitritt ab, 15% befürworten einen regulären Beitrittsprozess, nur 3% ein Eilverfahren. Ähnlich groß ist die Ablehnung mit 73% unter den Wähler der rechtsradikalen Oppositionspartei Mi Hazánk. 27% plädieren für einen normalen, 0% für einen beschleunigten Prozess. Das positivste Ukraine-Bild zeigt sich bei den Wählern der Oppositionspartei Tisza sowie den Wählern der linken Oppositionsparteien. Nur 21% der Tisza-Wähler wollen die Ukraine nicht in der EU sehen, 52% favorisieren einen regulären Beitritt, 27% einen vereinfachten (Linke Oppositionswähler: 29% - 46% - 25%). Die unsicheren Wähler bilden einen relativ klaren Mittelwert dieser beiden Tendenzen ab: Hier ist die Ablehnung bei 55%, während sich die Zustimmung auf 29% pro ordentlichen Beitritt und 15% pro Schnellmitgliedschaft aufteilt.

Indes protestieren ungarische Bauern mit einer Petition von 250.000 Unterschriften vor dem Brüsseler Gebäude der EU-Kommission gegen die beschleunigte Aufnahme der Ukraine in die Gemeinschaft. Durch die Umlenkung der europäischen Beihilfen sahen sie ihre eigene Lebensgrundlage gefährdet. Der Protest wurde vom Agrarverband MAGOSZ und der Agrarkammer NAK organisiert. Sie warnten, die EU-Landwirte würden zugrunde gehen, sollte die Union an ihrer „zügellosten Unterstützung“ für die landwirtschaftlichen Güter der Ukraine festhalten. Sie kritisierten die EU-Kommission, die weiter daran arbeite, das System der europäischen Agrarbeihilfen ab 2028 umzugestalten, um die Gelder über andere Wege der Ukraine zukommen zu lassen. Währenddessen würden die EU-Nachbarländer der Ukraine ohne Kontrollen und Vorgaben mit billigem Getreide überflutet. Die untergrabe nicht nur die Wettbewerbsfähigkeit der heimischen Produzenten, die sich an diese Regularien halten müssten, es gefährde auch die Nahrungsmittelsicherheit, so die Demonstranten. „Zwei Drittel des ungarischen Grund und Bodens bewirtschaften kleine Höfe, Familienbetriebe und Selbstvermarkter, die unter dem Brüsseler Konzept zu leiden hätten“, so ein Sprecher der NAK. In der Ukraine würden Konzerne aus Westeuropa und Amerika riesige Großgrundbesitze bewirtschaften. Eine Integrierung der ukrainischen Landwirtschaft in den EU-Markt würde diese kleinen und mittelständischen Betriebe als nicht konkurrenzfähig vom Markt drängen.

Die 250.000 Unterschriften der zugehörigen Petition spiegeln in der Summe beinahe die gesamte Anzahl ungarischer Landwirte wider.

Auch der ungarische Kanzleramtsminister stellte sich auf einer Regierungspressekonferenz Mitte April neben die Bauern. Der klare Standpunkt der ungarischen Regierung sei, dass man die EU-Pläne eines beschleunigten Beitrittsverfahrens der Ukraine ablehne. Dies sei insbesondere auch durch die Sorge um die befürchteten schweren Nachteile für die heimische Landwirtschaft und die Landwirte begründet. Auch eine unlängst durchgeführte Volksbefragung der oppositionellen Tisza-Partei, an der über 1,1 Mio. Ungarn teilgenommen hatten, sei laut Oppositionsführer Péter Magyar zu einem unklaren Bild gekommen – und dies, obwohl 58,2% der Teilnehmer sich pro Beitritt ausgesprochen hatten. Zu bedenken ist hier jedoch sicherlich, dass bei einer derartigen Konsultation der Opposition tendenziell auch vorwiegend eher pro-ukrainisch tendierende Wähler der Opposition teilgenommen haben dürften, die Umfrage keinesfalls eine repräsentative Meinungsforschung ist.

### **Maul- und Klauenseuche breitet sich aus**

Die Maul- und Klauenseuche breitete sich im April weiter aus. Das Virus, das für Rinder und andere Paarhufer hochansteckend, unheilbar und tödlich ist, war zunächst Mitte Januar auf einer Farm in Deutschland festgestellt worden. Der erste ungarische Ausbruch war am 6. März bekannt geworden. In den folgenden Wochen trat die Krankheit dann in der benachbarten Slowakei nahe des slowakisch-ungarischen Grenzgebiets auf. Anfang April wurde nun bekanntgegeben, dass sie von dort aus auf drei weitere ungarische Gehöfte gestreut habe. Alle vier bekannten ungarischen Fälle konzentrieren sich auf das Komitat Győr-Moson-Sopron im österreichisch-slowakischen Dreiländereck. Die mehreren Tausend Tiere, die auf den Höfen beheimatet sind, mussten infolge des medizinisch nicht behandelbaren Virus getötet werden.

Anfang April gaben die österreichischen Behörden in Reaktion auf die Krise bekannt, die kleineren österreichisch-ungarischen Grenzübergänge für den Durchgangsverkehr vorübergehend zu schließen. Die Maßnahme betraf über 20 Standorte, während sechs der wichtigeren Übergänge weiterhin unter verstärkten Sicherheitsmaßnahmen und Beschränkungen geöffnet blieben. Es bildeten sich jedoch teils lange Staus im Grenzgebiet. Wenige Tage später folgte auch die Slowakei mit der Schließung anderthalb Dutzend Grenzübergänge zu Ungarn.

Der ungarische Agrarminister István Nagy beteuerte, man unternehme alles in der Macht stehende, um die Ausbreitung der Seuche auf ungarischem Gebiet möglichst auf das Komitat Győr-Moson-Sopron begrenzt zu halten. So stelle man an den Grenzübergängen der Region sowie allen Autobahn-Ausfahrten im betroffenen Gebiet Desinfektionstore auf. Ferner habe man die Armee um Unterstützung bei der Umsetzung der Sicherheitsmaßnahmen gebeten. Die betroffenen Höfe seien hermetisch abgeriegelt worden. Dennoch könnte der Wind die Seuche weitertragen. Deswegen seien insbesondere im direkten Umfeld und entlang der Hauptstraßen weitere Desinfektionspunkte errichtet worden. Den betroffenen Landwirten versprach der Minister wiederum schnelle und unbürokratische finanzielle Hilfe, um den Schaden einzugrenzen und die Arbeitsplätze auf den Gehöften nicht zu gefährden.

Die ungarische Armee entsandte in Reaktion auf das Hilfsgesuch des Agrarministeriums spezielle chemische Truppen in das Risikogebiet, die unter anderem auf Seuchenabwehr

spezialisiert sind. In einem 10-Kilometer-Radius um die vier Farmen wurde ein Sperrgebiet eingerichtet, in welchem ein striktes Jagdverbot gilt. Abschusskontrollen an Wildtieren finden in allen Landesteilen statt. Eine Ausbreitung des Virus auf den Wildtierbestand wurde jedoch bisher glücklicherweise nicht nachgewiesen. Für das ganze Komitat wurden dennoch sicherheitshalber Exportbeschränkungen für Fleisch und Tiere verhängt. Kanzleramtsminister Gergely Gulyás bekräftigte auf einer Regierungspressekonferenz Mitte April, dass es trotz Hunderter täglicher Proben auch weiterhin keine zusätzlichen Neuerkrankungen unter den Tierbeständen gebe. Ferner schloss er auf die Frage, woher das Virus stammen könnte, die Möglichkeit eines „künstlich generierten Virus“ nicht aus. Dies legt nahe, dass die ungarische Regierung auch die Möglichkeit einer Laborzüchtung nicht ausschließt.

### **Neues aus Politik, Wirtschaft und Gesellschaft**

#### *Ungarn verlässt Internationalen Strafgerichtshof (ICC)*

„Die Regierung hat beschlossen, dass Ungarn den Internationalen Strafgerichtshof (ICC) verlässt“, gab der ungarische Kanzleramtsminister Gergely Gulyás Anfang April gegenüber der staatlichen Nachrichtenagentur MTI an. Die Aussage stand in Zusammenhang mit dem Staatsbesuch des israelischen Ministerpräsidenten Benjamin Netanjahu. Wie die Anklage des ICC gegen Netanjahu gezeigt habe, so Gulyás, sei der Strafgerichtshof von einer respektablen Initiative zu einem politischen Gremium verkommen. Dies wolle man nicht weiter akzeptieren und werde deswegen in der Arbeit des ICC nicht weiter partizipieren.

Im Gegensatz zu anderen Mitgliedstaaten hatte Ungarn das sogenannte Römische Statut des Gerichtshofes nie im Parlament abgesehnet, sodass es bis heute kein Bestandteil des ungarischen Rechts ist und Ungarn stets eine Sonderrolle im Hinblick auf den ICC zukam. Auf dieser Grundlage lehnte Ungarn etwa auch die Verhaftung des vor dem ICC verurteilten israelischen Ministerpräsidenten ab. Gulyás verwies im Zusammenhang mit der Bekanntgabe des endgültigen ungarischen Austritts darauf, dass auch Schlüsselstaaten wie die USA, China oder die Türkei nie Mitglied des Internationalen Strafgerichtshofes gewesen waren, erstere die Richter des Gremiums sogar sanktionierten. Der ICC steht damit vor einer politischen Herausforderung. Auch die Regierungschefs von Deutschland und Polen hatten infolge des Netanjahu-Urteils angekündigt, den Strafbefehl als nichtig zu betrachten und des israelischen Ministerpräsidenten weiterhin zu empfangen.

#### *EU-Kommission verurteilt ungarisches Pride-Verbot*

Die EU-Kommission reagierte Anfang April auf die „Lex Pride“ getaufte Ergänzung des ungarischen Versammlungsgesetzes mit der Begründung des Kinder- und Jugendschutzes. Der zuständige EU-Kommissar Michael McGrath stellte ein weiteres Vertragsverletzungsverfahren in Aussicht und betonte vor dem EU-Parlament: „Die EU-Kommission tritt, wie in allen Mitgliedstaaten so auch in Ungarn, entschieden für die Rechte der LGBTQ-Gemeinschaft ein.“ Bei der Gesetzesänderung handle es sich um Diskriminierung und das Zurückdrängen der Zivilgesellschaft sowie einen Missbrauch des Kinderschutzgesetzes. Das Gesetz nehme überdies im Gegenteil einen schädigenden Einfluss auf Kinder, insofern es LGBTQ-Personen abstempele. Die sei nicht mit dem EU-Recht und den Werten und Grundrechten der Gemeinschaft vereinbar.

Die Abgeordneten von Fidesz-KDNP betonten demgegenüber in der Debatte vor dem EU-Parlament den Standpunkt der ungarischen Regierung, dass der Schutz der Kinder eine verfassungsrechtliche Aufwertung erfahren habe und über allem anderen stehe. Kinder hätten ein Recht auf eine gesunde körperliche und geistige Entwicklung. Die öffentliche Darstellung von Sexualität als Selbstzweck sei verboten. Ferner sei das ungarische Demonstrationsrecht beispielhaft. Nirgendwo in Europa könne man so frei demonstrieren wie in Ungarn. Fidesz-EP-Abgeordneter Tamás Deutsch bezeichnete den Aufruhr als billiges politisches Theater, mit dem die EU von ihren eigentlichen strukturellen Problemen der Migration, Wettbewerbsfähigkeit, Inflation und der Energiepreise ablenken wolle. Die Vertreter der oppositionellen Tisza-Partei hielten dem entgegen, dass Fidesz einen digitalen Überwachungsstaat zu errichten gedenke und warfen der ungarischen Regierung autoritäres Gebaren vor. Die links-liberale DK bezeichnete das Pride-Verbot als „schmutzige Homophobie“. Rückenwind erhielt die Maßnahme hingegen von der rechtsradikalen Mi Hazánk, die die „Regenbogen-Lobby“ als eine der gefährlichsten und mächtigsten Lobbys der Welt bezeichnete.

#### *Grundgesetzänderung zu Versammlungsrecht und Staatsbürgerschaftsentzug verabschiedet*

Am Montag, den 14. April 2025, stand die 15. Grundgesetzänderung auf der parlamentarischen Agenda. Diese beinhaltete nicht nur die im Vorfeld heiß diskutierte Änderungen des Versammlungsgesetzes, sondern auch die Anfang April angekündigten Änderungen des Staatsbürgerschaftsrechts in Bezug auf einen temporären Entzug der ungarischen Staatsbürgerschaft für Doppelstaatsbürger (wir berichteten im [letzten Monatsbrief](#)). Ein großer Teil der Opposition blieb der Sitzung fern. Dies betraf die Abgeordneten von Momentum, die im Vorfeld angekündigt hatte, ihren Protest auf die Straße zu verlagern und vergeblich versucht hatte, einen Blockading um das Parlamentsgebäude zu ziehen, um die Grundgesetzabstimmung zu verhindern, ferner die Abgeordneten der DK, welche sich zum Straßenprotest der Momentum solidarisch zu zeigen gedachten, sowie jene sechs Abgeordneten, die aufgrund ihres Einsatzes von Pyrotechnik im Sitzungssaal von den kommenden Parlamentssitzungen temporär ausgeschlossen worden waren.

Das Gesetzespaket wurde schließlich mit 140:21 Stimmen verabschiedet, also mit den Stimmen der Regierungszweidrittelmehrheit von Fidesz-KDNP sowie der oppositionellen rechtsradikalen Mi Hazánk. Letztere unterstützte neben dem Pride-Verbot insbesondere die Festschreibung der Bargeldnutzung als Verfassungsrecht sowie die Schaffung der verfassungsrechtlichen Möglichkeit zur Begrenzung des unbeschränkten Zuzugs in besonders beliebte Gemeinden, um diese vor Überlastung zu schützen. Die Änderung im Verfassungsrecht ermöglicht es den Gemeinden nun eine Begrenzung des Zuzugs von Nicht-Ortsansässigen vorzunehmen.

Die konservative Oppositionspartei Jobbik, die das Pride-Verbot ursprünglich eigentlich begrüßt hatte, stellte sich in der Abstimmung dennoch gegen die Änderungen, da durch die Paketlösung mehrere „extrem abweichende Themen auf einen einzigen Knopfdruck“ entschieden würden. Während man den Schutz der Kinder und die klare Definition von Mann und Frau unterstütze, wolle man keiner Gesetzesänderung beipflichten, die es ermögliche, dass ungarischen Staatsbürgern ihre Staatsbürgerschaft genommen werden könnte.

#### *Mütterparlament tagt in Budapest*

Auf Initiative der Partei Mi Hazánk wurde Anfang April im ungarischen Parlamentsgebäude ein sogenanntes Mütterparlament organisiert. Statt den regulären Abgeordneten der Parteien

nahmen mehrere Hundert Mütter mitsamt ihren Babys Platz auf den Stühlen des Sitzungssaals. Das Motto der Aktion war die Stärkung der Elternschaft. Unter der Leitung der Mi Hazánk-Vizevorsitzenden Dóra Dúró diskutierten die Frauen, wie man die politische Aufmerksamkeit gerade in Angesicht der demographischen Krise mehr auf die Mutterschaft als Chance statt als Einschränkung lenken könne. Es müsse vermittelt werden, dass Mutterschaft „Freude, Segen, Liebe und Fürsorge“ bedeute und ein Kind Glück bringe.

Dúró's Partei legte in diesem Kontext einen 15-Punkte-Plan vor, der unter anderem mehr sozialen Wohnungsbau, eine Senkung der Mehrwertsteuer auf alle Artikel der Kindererziehung, eine Anerkennung der beruflichen Mutterschaft sowie die Einführung eines Eltern- und eines Familiengeldes vorsieht. Ferner würden auch Männer gebraucht, die Verantwortung für ihre Familien übernehmen. Diese müsse man mit einem längeren Vaterschaftsurlaub und familienfreundlichen Arbeitsplätzen unterstützen. Hiervon würden auch alleinerziehende Eltern profitieren, die ganz besonders eines stärkeren Beistands bedürften. Am Ende seiner konstituierenden Sitzung verabschiedete das Mütterparlament eine Resolution in diesem Sinne, die sich für das Wunder der Elternschaft, die Stärkung der Familien, mehr Verantwortung und eine Stärkung der Rolle der Väter bei der Kindererziehung ausspricht.

#### *Intensivierung der ungarisch-japanischen Zusammenarbeit*

Der ungarische Wirtschaftsminister Márton Nagy reiste Mitte April zu einem offiziellen Besuch nach Tokio, wo er Gespräche mit seinem japanischen Pendant, dem Minister für Wirtschaft, Handel und Industrie, sowie mit dem Minister für Finanzen und dem ehemaligen Außenminister und derzeitigen Vorsitzenden der ungarisch-japanischen Freundschaftsgruppe führte. Japan ist Ungarns 24. wichtigster Handelspartner weltweit und unter den asiatischen Partnern nach China und Südkorea der drittbedeutendste. Damit ist Japan ein zentraler Wirtschaftspartner Ungarns. Exporte nach Japan stiegen im Zeitraum 2010-2024 um 53%. Auch der Tourismus entwickle sich dynamisch. So seien im vergangenen Jahr 44% mehr Japaner nach Ungarn gereist als im Vorjahr, nämlich insgesamt rund 36.000 Personen, die im Schnitt etwa drei Nächte in Ungarn verbracht hätten.

Ungarn betonte in seinen Beziehungen zu Japan also seine Rolle als Reiseziel, aber auch Investitions- und Innovationsstandort. So beschäftigen über 180 japanische Unternehmen im Land etwa 27.000 ungarische Arbeitskräfte. Führend sind hier die Branchen Automobil und Elektronik. Bisher unterhält die ungarische Regierung sieben strategische Kooperationsvereinbarungen mit Schlüsselunternehmen wie etwa dem Autobauer Suzuki, der in Esztergom ein Werk unterhält. Diese strategischen Wirtschaftsbeziehungen wolle man als Brückenbauer zwischen Ost und West weiter pflegen. In diesem Sinne wurde auch der japanische Premierminister zu einem offiziellen Besuch nach Budapest eingeladen.

#### *Ungarns Pavillon auf der Weltausstellung in Osaka eröffnet*

Im Rahmen seiner Japanreise eröffnete der ungarische Wirtschaftsminister auch den ungarischen Pavillon auf der Weltausstellung in Osaka (EXPO 2025), die von April bis Oktober sechs Monate lang ihre Pforten geöffnet hat. Als Teil von rund 160 Nationen präsentiert sich hier auch Ungarn im Rahmen eines eigenen Pavillons auf drei Etagen. „Die Weltausstellung ist ein außerordentliches Forum, bei dem die Nationen ihre Kultur, Wirtschaftskraft, Innovationen und Visionen präsentieren können“, so Wirtschaftsminister Nagy.

In Zusammenarbeit mit den japanischen Partnern war der ungarische Pavillon in etwa einem Jahr Bauzeit errichtet worden. Das Design nimmt Anklänge an die Natur. Mehr als 35.000 Lamellen aus Textil an der Außenfassade sollen das Rauschen der Blätter imitieren. Das Programm des Pavillons umfasst Kulturangebote, wie Volkslieder ungarischer Folklorekünstler, aber auch Gastronomie. So dürfen ungarische Küchenklassiker wie Gulaschsuppe und Hortobágy-Palatschinken oder berühmte Desserts wie Quarkknödel und Schomlauer Nockerln nicht fehlen. Selbstverständlich präsentiert das Weinland Ungarn auch seine besten Tropfen aus den verschiedenen Weinbaugebieten zur Verkostung in der eigenen Bar.

### *Erschließung von Öl- Gasvorkommen in Ungarn*

Nach fünf Jahren hat das ungarische Energieministerium im Herbst 2024 erneut Bergbaukonzessionen ausgeschrieben. Erklärtes Ziel dieses Schrittes war es die einheimische Erdöl- und Erdgasförderung zu stärken, um die Energiesouveränität des Landes zu stärken und Importabhängigkeiten zu reduzieren. Die ungarische MOL-Gruppe bewarb sich im Konsortium mit der TPOC Ltd., einem Tochterunternehmen von Turkish Petroleum, und erhielt den Zuschlag für insgesamt vier Projekte in Ungarn. Die beiden Partner blicken dabei auf eine erfolgreiche Kooperation bei der Umsetzung von Projekten in anderen Ländern, darunter Aserbaidschan sowie Russland, zurück.

Die inländische Ölproduktion erreichte 2024 einen 20-Jahres-Höchststand und auch die Erdgasproduktion nahm deutlich zu. Die MOL-Gruppe nimmt als größter inländischer Produzent eine Schlüsselrolle innerhalb Ungarns ein. Das Unternehmen betreibt derzeit mehr als 1.300 Bohrlöcher im ganzen Land, unter anderem in Westungarn, der südlichen Tiefebene, der östlichen Tiefebene und in Gebieten östlich der Hauptstadt. Die Menge des in Ungarn geförderten Erdöls erreichte nach zwanzig Jahren im Jahr 2024 erneut einen Wert von mehr als 1 Million Tonnen, was einer Steigerung von 13 % gegenüber dem Vorjahr entspricht. Die Erdgasproduktion stieg im vergangenen Jahr auf 1,9 Milliarden Kubikmeter, eine Steigerung von 7%. Mit den neuen Konzessionen dürfte die inländische Förderung in den kommenden Jahren weiter gestärkt und abgesichert werden.

## **Neuigkeiten vom Deutsch-Ungarischen Institut**

### *Praktikumsausschreibung*

Das Deutsch-Ungarische Institut vergibt ab Mitte Oktober 2025 **neue Praktikumsstellen** an interessierte **Studenten aus dem deutschsprachigen Raum**. An unserem Institut bieten wir den Praktikanten eine Auslandserfahrung in einem dynamischen Team mit fachbezogenen und verantwortungsvollen Aufgaben, individueller Betreuung und voller ERASMUS+-Kompatibilität in den **Bereichen Forschung, Veranstaltungsmanagement, Kommunikation und Begabtenförderung**. Interessiert? Den Link zu unserer Ausschreibung finden Sie [hier](#).

### *Ausschreibung für ein Junior Visiting Fellowship*

Das Deutsch-Ungarische Institut vergibt ab sofort **neue Stipendien als Junior Visiting Fellow** an interessierte **junge Wissenschaftler bis 35 Jahre aus dem deutschsprachigen Raum**. An unserem Institut bieten wir eine mehrmonatige Fellowship in einem internationalen Arbeitsumfeld mit **geisteswissenschaftlichem Fachbezug** und deutschsprachigem Team, inkl.

An- und Abreise, Krankenversicherung, monatlichem Stipendium, Arbeitsplatz, Reisemöglichkeiten und Teilnahme an Veranstaltungen und internationalen Konferenzen, uvm. Dabei legen wir Wert auf einen professionellen und familienfreundlichen Ansatz. Genaue Details zur Stipendiums Ausschreibung finden Sie [hier](#).

### Vergangene Veranstaltungen

Am **3. April 2025** organisierten das Deutsch-Ungarische Institut für Europäische Zusammenarbeit und der Nationale Gedenkausschuss (NEB) im Rahmen des Wunderbar Festivals eine Filmvorführung mit anschließender Podiumsdiskussion. Der gezeigte Film „**Das schweigende Klassenzimmer**“ behandelt den stillen Protest einer Abiturklasse in der DDR gegen die Niederschlagung des Ungarischen Volksaufstandes von 1956. An den Film schloss sich eine Diskussion mit dem Zeitzeugen **Karsten KÖHLER**, dem Klassensprecher der besagten Klasse, an. Den Bericht zur Veranstaltung finden Sie [hier](#).

Am **9. April 2025** veranstaltete das Deutsch-Ungarische Institut für Europäische Zusammenarbeit einen Vortrag am MCC-Bildungszentrum in Szeged. **Bence BAUER**, Direktor des Deutsch-Ungarischen Instituts, analysierte die Nachwirkungen der deutschen Bundestagswahlen und erörterte unter anderem den Sturz der vorherigen deutschen Regierung, die Herausforderungen der vorgezogenen Neuwahlen und die Verschiebung der Kräfteverhältnisse zwischen den deutschen Parteien. Den Veranstaltungsbericht erreichen Sie über den folgenden [Link](#).

Am **24. April 2025** veranstaltete das das Deutsch-Ungarische Institut für Europäische Zusammenarbeit einen Vortrag in Budapest mit dem Titel „**Brücken bauen in stürmischen Zeiten - Die Rolle von Jugend, Dialog und zivilgesellschaftlichem Austausch**“. **Dr. Christian JOHANN**, Direktor der Europäischen Akademie Berlin, analysierte die transatlantischen, europäischen und deutsch-ungarischen Beziehungen, ihre Herausforderungen sowie deren Auswirkungen. Ferner ging er der Frage nach, wie Dialog und zivilgesellschaftlicher Austausch zur Bewältigung dieser aktuellen Herausforderungen beitragen können. Dabei stellte er auch die Rolle der Jugend in den Mittelpunkt. Den Bericht zur Veranstaltung finden Sie auf unserer [Webseite](#).



Am **5. Mai 2025** veranstaltete das Deutsch-Ungarische Institut für Europäische Zusammenarbeit in Kooperation mit der Deutsch-Ungarischen Gesellschaft in der Bundesrepublik Deutschland e.V. einen weiteren Vortrag der Reihe „**Deutschland und**

**Ungarn im Gespräch**“. **Bence BAUER**, Direktor des Deutsch-Ungarischen Instituts, sprach über die Entwicklungen der ungarischen Verfassung und des Kinderschutzes in Ungarn. Das Gespräch führte Bauer mit **Dr. Gerhard PAPKE**, dem Präsidenten der Deutsch-Ungarischen Gesellschaft. Den Veranstaltungsbericht finden Sie in Kürze auf unserer Webseite.

#### *Bevorstehende Veranstaltungen*

Am **8. Mai 2025** organisiert das Deutsch-Ungarische Institut für Europäische Zusammenarbeit eine Veranstaltung am MCC-Budapest mit dem Titel **„Das geistige Fundament Europas im Wandel der Zeit“**. **Prof. Dr. Thomas SCHWARTZ**, Hauptgeschäftsführer des katholischen Osteuropa-Hilfswerks Renovabis, wird in seinem Vortrag der Frage nachgehen, welche Ideen, Überzeugungen und kulturelle Prägungen das Fundament Europas bilden. Des Weiteren wird genauer betrachtet wie sich die judeo-christliche Werte im Lauf der Jahrhunderte gewandelt haben und welche Rolle sie heute noch im politischen und gesellschaftlichen Selbstverständnis Europas spielen. Die Anmeldung zur Veranstaltung ist unter dem folgenden [Link](#) möglich.

#### *Veröffentlichungen*

Bereits am **20. März 2025** war **Bence BAUER**, Direktor des Deutsch-Ungarischen Instituts für Europäische Zusammenarbeit, auf Einladung der Unionsstiftung in Saarbrücken zu Gast. Bauer hielt einen Vortrag zur ungarischen Wirtschaftspolitik. Den vollständigen Vortrag erreichen Sie unter dem folgenden [Link](#) auf Youtube.

Am **23. März 2025** war **Bence BAUER**, Direktor des Deutsch-Ungarischen Instituts, zu Gast in der deutschsprachigen Nationalitätensendung **„Deutsche Minuten“** des serbischen Rundfunks. Thema des Radiointerviews waren die deutschen Bundestagswahlen. Das Interview erreichen Sie unter dem folgenden [Link](#).

Am **4. April 2025** erschien in der **Budapester Zeitung** der Artikel **„Ungarns wirtschaftspolitische Erneuerung: Fiskalische Konsolidierung und strategische Souveränität“** von **Bence BAUER**, Direktor des Deutsch-Ungarischen Instituts. Der Artikel beleuchtet die wirtschafts- und sozialpolitische Neuausrichtung Ungarns seit dem Jahr 2010. Den Artikel erreichen Sie unter dem folgenden [Link](#).

Am **11. April 2025** veröffentlichte **Bence BAUER** einen Kommentar bei **Libratus Online** mit dem Titel **„Die schärfsten Kritiker der Elche...“**. In seinem Kommentar betont Bauer, dass die Kritik an Ungarn oftmals Ausdruck innerdeutscher Debatten ist und von den Vorwürfen häufig das Gegenteil der Fall ist. In besagtem Artikel wird eine Vielzahl von unterschiedlichen Aspekten angesprochen, darunter auch der Vorwurf des Antisemitismus und die Lebensrealität jüdischer Menschen in Ungarn und Deutschland. Den Text erreichen Sie [hier](#) oder auf der Webseite von [Ungarnreal](#).

Am **15. April 2025** erschien in der **Tagespost** ein Kurzartikel von **Bence BAUER** in dem ein häufig kritisierte Punkt der jüngsten Verfassungsänderung näher erläutert wird. Ungarn schreibt unter anderem die Zweigeschlechtlichkeit in die Verfassung und die Änderungen wird ebenfalls Auswirkungen auf das Versammlungsrecht haben. Den Artikel erreichen Sie unter folgendem [Link](#).

Am **6. Mai 2025** erschien anlässlich des 50. Todestages des ungarischen Kardinals József Mindszenty ein Artikel von **Tamás FONAY** mit dem Titel **„Der tapfere Fürstprimas, den der Papst fallen ließ“** in der **Tagespost**. In dem Porträt wird das Lebenswerk und die

Biographie des ungarischen Geistlichen und Symbolfigur des Widerstands gegen die kommunistische Diktatur in Ungarn genauer betrachtet. Den Artikel finden Sie unter dem folgenden [Link](#).

Der **Monatsbrief Ungarn** wird auch in der Folge immer am ersten Mittwoch des Monats in Ihrem E-Mail-Fach zu finden sein.

Impressum: Deutsch-Ungarisches Institut für Europäische Zusammenarbeit

Direktor: Bence Bauer

Zuständige Mitarbeiter: Alexander Rasthofer, Tristan Csaplár

Büro: 1113 Budapest, Tas Vezér u. 3-7

Postadresse: 1518 Budapest, Pf. 155

Web: <https://www.deutsch-ungarisches-institut.hu/>

E-Mail: [mni@mcc.hu](mailto:mni@mcc.hu)